

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 94 Anfrage Wedekind Claudia und Mit. über die Entwicklung bei Betäubungsmitteln im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Claudia Wedekind ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Wedekind: Betäubungsmittel sind ein altbekanntes Thema, das die Gesellschaft und die Politik schon immer beschäftigt hat und es auch in Zukunft tun wird. Betäubungsmittel sind ein Thema, das alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen betrifft. Es ist nicht ausschliesslich eine städtische Erscheinung, sondern auch auf der Landschaft anzutreffen. Alt Regierungsrat Marcel Schwerzmann hat von «Stadt, Land, ein Kanton» gesprochen. Bei der Anfrage wurde von «getrennt» gesprochen. Innert kurzer Zeit hat eine enorme Zunahme von Crack stattgefunden, hauptsächlich in der Stadt Luzern. Man spricht auch von «CC» also Crack City. Crack City ist für mich ein erschreckender Ausdruck. Für mich ist es auch nicht stimmig, dass Stadt und Land ein Kanton sind. So ist es. Der Handel von Betäubungsmitteln und der Konsum finden nicht ausschliesslich in der Stadt statt. Der Trend findet in vielen Teilen des Kantons statt. Wir Politikerinnen und Politiker neigen manchmal dazu, aus einem Beispiel auf das Ganze zu schliessen. Ich selber weiss aus eigener Erfahrung, dass auf der Landschaft in Steingärten bei Schulhäusern von Primarschülern Tüten mit Substanzen gefunden werden, die man lieber nicht finden möchte. In der Antwort des Regierungsrates heisst es, dass die Luzerner Polizei und die Staatsanwaltschaft ihr Personal verstärken. Das ist eine gute Sache. Wir benötigen mehr Personal. Aber ich finde es auch eindrücklich, wie dieses Personal eingesetzt wird. Das Personal der Polizei steht unter einem unglaublichen Druck, weil es unterdotiert ist, um den Sachen auf den Grund gehen zu können. Wir haben Ressourcen gesprochen und bauen sie aus. Wir haben gehört, dass die neuen Ressourcen breit eingesetzt und bei internationalen Verfahren Schwerpunkte gesetzt werden. Weshalb nicht auch im Kanton Luzern? Die Kriminalität entwickelt sich sehr schnell und ist auf verschiedenen Ebenen agil. Wir benötigen Einsatzkräfte für die Bekämpfung der Cyberkriminalität bei Grossanlässen, aber auch bei der Betäubungsmittelthematik. Gleichzeitig stocken wir das Personal auf, verfehlen aber die Wirkung. Das finde ich schade. Ich glaube auch, dass das beim Personal zu Frust führt. Ich möchte keine Crack City, auch auf der Landschaft nicht. Ich befürworte es sehr, was alt Regierungsrat Marcel Schwerzmann gesagt hat: «Stadt, Land, ein Kanton». Wir sind verpflichtet, für den ganzen Kanton zu schauen, auch was das Thema Betäubungsmittelkonsum und -handel betrifft.

Pia Engler: Wir sollten über die Betäubungsmittelsucht sprechen und nicht nur über die

Aufstockung der Polizei. Claudia Wedekind hat den Fokus auf Crack gesetzt. Crack ist in der Deutschschweiz seit rund 20 Jahren sichtbar. Crack gelangt wegen seiner Konsumform schnell ins Gehirn und erzeugt eine unmittelbare Wirkung, und schon nach 15 bis 20 Minuten will man den nächsten Kick. Fachleute beobachten, dass die Crackszene aggressiver, unruhiger und schnelllebiger wurde. Es erfordert mehr Präsenz von Fachleuten, und es sind innovative Lösungsansätze gefragt. So ist es beispielsweise wichtig, dass Rückzugs- und Ruheräume geschaffen werden, wo die Süchtigen zur Ruhe kommen können, oder dass es Ansprechstellen gibt, an die sich die Nachbarschaft bei Fragen wenden kann. Die Schweizer Drogenpolitik setzt sich zum Ziel, den Drogenkonsum und seine negativen Folgen für die Konsumierenden und die Gesellschaft nachhaltig zu vermindern. Dabei stützt sie sich erfolgreich auf die Vier-Säulen-Politik: Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression. Die Vier-Säulen-Politik benötigt den politischen Rückhalt, damit sie diese Aufgabe erfüllen kann und den Auftrag hat, sich weiterzuentwickeln und sich spezifischen Herausforderungen angehen kann, die beispielsweise Crack mit sich bringt. Die Regierung zeigt gut auf, dass die bewährten Gremien dabei sind, die vorhandenen Strategien dieser Vier-Säulen-Politik auf die Crackproblematik anzupassen. Das ist nötig. Wir begrüßen es ebenfalls, wenn die überdepartementale Zusammenarbeit weiter gestärkt und intensiviert wird. Es braucht innovative Lösungen, und die Regierung hat den Auftrag, sich der spezifischen Herausforderung dieser neuen Drogen auch annehmen zu können. Die Frage lautet: Wie viel Repression, wie viel Schadensminderung, wie viel Therapie und wie viel Prävention brauchen wir? Es ist bekannt, dass schweizweit absolut am meisten in die Säule der Repression investiert wird und die Präventionssäule bescheiden alimentiert wird. Mit der alleinigen Verstärkung der Repressionssäule wird man der Herausforderung, die Crack mit sich bringt, nicht gerecht werden, und es kommt zu einem Missverhältnis. Die vier Säulen sind voneinander abhängig und nur erfolgreich, wenn alle bedarfsgerecht gestärkt werden, damit sie ihren Auftrag erfüllen und ihre Wirkung entfalten können.

Eva Forster: Die aufgezeigte Entwicklung des Crackkonsums ist aus Sicht der FDP-Fraktion sehr besorgniserregend. Wir erwarten von der Regierung sowie den involvierten Departementen und Organisationen ein kontinuierliches Monitoring und die Umsetzung der erwähnten Massnahmen, aber auch die Weiterentwicklung des Vier-Säulen-Prinzips in Bezug auf die Crackproblematik. Sollte sich die Situation weiter verschlechtern, erwarten wir proaktiv und schnell nächste Schritte.

Hannes Koch: Es ist bedauerlich, dass der Konsum von Crack und weiteren Suchtmitteln so stark zunimmt. Die zusätzlich damit verbundenen Probleme sind dramatisch und tragisch. Die Antwort der Regierung zeigt auch, dass die Problematik im Kanton Luzern im Zusammenhang mit den unterdurchschnittlichen Polizeiresourcen in einen Zusammenhang gestellt wird. Die Grüne Fraktion begrüsst die Aussage, dass die Polizei eine Organisationsentwicklung durchführt und die Ressourcen wie auch das «Community Policing» ausgebaut werden. Es ist unbestritten, dass der Hauptumschlagsplatz in der Stadt Luzern, der Agglomeration und den regionalen Zentren ist. Das Drogenproblem und der Konsum von Drogen zeigen sich aber im gesamten Kanton. Speziell Kokain ist eine Problematik, die in allen Gesellschaftsschichten zu beobachten ist. Deshalb begrüßen wir die Haltung der Regierung sehr, die Prävention weiter zu stärken, aber auch die Ressourcen der Polizei ausreichend auszugestalten. Anlässlich der AFP-Debatte sollten wir daran denken.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Ich teile die Sorge von Claudia Wedekind bezüglich des Crackkonsums. Wir beschönigen in unserer Antwort auch nichts. Die Crackproblematik ist nicht nur in der Stadt ein Thema ist, sondern auch in den Agglomerations- und Zentrumsgemeinden. Deshalb

verstehe ich die Aussage der Anfragenden nicht, dass wir auf der Landschaft nicht genau hinschauen würden. Wir stellen generell fest, dass der Drogenhandel zugenommen hat. Das sehen wir auch in der Statistik der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Wo Drogen gehandelt werden, da gibt es auch Konsumierende. Gerade weil Crack so leicht verfügbar und kostengünstig ist und es hochgradig abhängig macht, ist es ein grosses Problem. Die physische und psychische Verfassung von Crackkonsumierenden verschlechtert sich schnell, und sie sind kaum ansprechbar. Die Polizei hat diese Entwicklungen beobachtet. Wir wissen, dass diese Thematik auch in anderen Städten vorkommt. Aufgrund der Polizeimeldungen wurde eine Fachgruppe bestehend aus drei Departementen einberufen, nämlich dem Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD), das den Lead hat, dem Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) sowie dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), aber auch zusammen mit der Stadt Luzern. Unter dem Lead der Gesundheits- und Sozialdirektorin wurde ein kurzfristiges Massnahmenpaket geschnürt. Eine der kurzfristigen Massnahmen sind längere Öffnungszeiten der «Gassenküche», was für die Konsumierenden eine längere Aufenthaltszeit bedeutet. Ausserdem wurde in der Gassenküche auch ein Ruheraum eingerichtet. Das reicht aber nicht aus. Deshalb prüfen wir aktuell weitere Massnahmen. Die Projektgruppe wurde mit Personen aus dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) ergänzt. Die Gemeinden sollen ebenfalls beteiligt sein, und zwar nicht nur jene aus dem städtischen Raum, sondern auch aus anderen betroffenen Gebieten. Wir wollen die bestehende Suchtstrategie für einen Umgang mit Crackkonsumierenden und die Erarbeitung von möglichen Massnahmen im Rahmen der Vier-Säulen-Politik etablieren. Ich möchte mich zur Aussage äussern, was die Aufstockung der Polizei in Bezug auf die Crackkonsumierenden bringt: Die Polizei ist für die Kontrollen – die Repression – zuständig, also dafür, den Drogenhandel zu bekämpfen. Die Polizei hat aber keinen Auftrag, die Konsumierenden zu betreuen. Die Polizei hat auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht. Es ist aber Sache des GSD und der anderen Departemente, die Vier-Säulen-Politik zu etablieren. Die Polizei teilt uns ihre Beobachtung der Lage mit, und wir bearbeiten das Thema politisch weiter. Die Frage, was die Aufstockung damit zu tun hat, möchte ich ganz klar von mir weisen.